

„Dann droht Israel Entwicklungsland zu werden“

In Israel ist die Wirtschaftskraft eingebrochen. Eran Yashiv, Ökonom der Tel Aviv University, fürchtet: Das könnte erst der Anfang sein.

Herr Yashiv, fühlen Sie sich im Alltag in Tel Aviv derzeit sicher?

Grundsätzlich ja. Aber die Lage ist seit dem 7. Oktober angespannt. Der iranische Drohnenangriff im April hat die Unsicherheit erhöht, die Stimmung im Land ist schlecht. Die größte Unruhe entsteht aber im Inneren.

Warum das?

Es herrscht eine große Unzufriedenheit mit der Politik der Regierung. Bei Protesten kommt es immer wieder zu Zusammenstößen mit der Polizei. Das macht die Menschen nervös.

Auch der Zustand der Wirtschaft ist nicht gerade beruhigend. Das Bruttoinlandsprodukt ist Ende letzten Jahres um 5,2 Prozent zum Vorquartal eingebrochen. Wie bedrohlich ist diese Krise?

Die Schrumpfung Ende 2023 geht klar auf den Krieg zurück. Sehr viele Menschen, vor allem junge Männer, wurden zum Militärdienst eingezogen. Sie haben in Unternehmen und als Angestellte in Cafés und Restaurants gefehlt. Bis zu 220.000 Menschen, die in der Nähe der Grenzen im Norden und Süden des Landes gelebt haben, mussten zudem fliehen oder haben ihre Wohnorte verlassen. Arbeiter aus der Westbank und anderen Ländern bleiben weg, und der Tourismus ist weggebrochen. Das alles von einem Tag auf den anderen. Die große Frage ist, ob das alles eine einmalige, vorübergehende Sache.

Was ist Ihre Prognose?

Die Unsicherheit ist extrem groß. Von den eingezogenen Männern wurden Anfang des Jahres zwar viele wieder entlassen, aber die vertriebenen Menschen sind noch immer nicht in ihre Häuser nahe der Grenze zurückgekehrt. Der Tourismus liegt am Boden, und es wurden zuletzt auch wieder mehr Männer eingezogen,



Rohstoff einer Wissensnation: Der Hightech-Park Matam im Süden Haifas ist das älteste und größte Zentrum dieser Art in Israel.

Foto Mauritius

die genauen Zahlen hält die Regierung geheim. Die Prognosen für das Wirtschaftswachstum bewegen sich für das laufende Jahr zwischen plus und minus 2 Prozent, ich erwarte, dass wir uns in dieser Spanne bewegen werden. Das ist nicht tragisch. Ich sehe aber eine andere große wirtschaftliche Gefahr.

Welche?

Der Hightech-Sektor ist absolut entscheidend für unsere Volkswirtschaft. Im schlechtesten Fall verlieren wir diese Branche. Dann droht Israel zum Entwicklungsland zu werden.

Das müssen Sie erklären.

Der Hightech-Sektor ist für 17 Prozent unserer Wirtschaftsleistung und mehr als die Hälfte unserer Exporte verantwortlich. 90 Prozent der Unternehmen sind allerdings auf Investitionen aus dem Ausland angewiesen. Seit neun Monaten, also schon etwas vor Kriegsbeginn, gehen diese Investitionen zurück. Anfang dieses

Jahres hat sich der Negativtrend sogar noch verstärkt.

Was sind die Gründe für die Negativdynamik?

Es gibt mehrere Gründe: In den Unternehmen arbeiten viele junge Männer, die plötzlich nicht mehr verfügbar waren. Dann haben sich viele Unternehmen an den Protesten gegen die Regierung beteiligt. Die Investoren schätzten dieses Engagement, äußerten sich jedoch skeptisch über die Aussichten der israelischen Wirtschaft und das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld. Unsicherheit mögen sie natürlich gar nicht. Wir erleben jetzt schon, dass erste Unternehmen abwandern, zum Beispiel nach Amerika. Und vor allem werden neue Start-ups nicht mehr in Israel, sondern im Ausland gegründet. Das könnte sich zu einem schlechenden Prozess entwickeln, der nicht sofort spürbar ist, langfristig aber sehr wehtut. Ich sehe Parallelen zu Griechenland in der Eurokrise.

Warum?

Griechenland hatte zwar keinen großen Hightech-Sektor, aber sehr wohl hoch qualifizierte Menschen. Etwa 5 Prozent der Bevölkerung sind damals ausgewandert – und größtenteils bis heute nicht zurückgekehrt.

Sie sehen also den Wohlstand Israels in Gefahr?

Ja, so ist es. Das ist auch deshalb zu befürchten, weil es zwei größere Gruppen gibt – die orthodoxen Juden und die arabischen Menschen –, die zusammen etwa ein Drittel der Bevölkerung ausmachen und überwiegend in Wirtschaftsbereichen mit geringer Produktivität arbeiten. Sie sind auf staatliche Hilfe angewiesen und damit auf einen prosperierenden Hightech-Sektor, der viele Steuern zahlt.

Die Haushaltslage ist schon jetzt kritisch. Die israelische Notenbank prognostiziert 2024 ein Defizit in Höhe von 6,6 Prozent. Droht da eine Schuldenkrise?

Es fließen jetzt natürlich viele Steuerausgaben ins Militär. Aber die Schuldenquote gemessen an der Wirtschaftsleistung wird trotz des Defizits nur auf etwa 66 Prozent steigen. Das ist weit weg davon, alarmierend zu sein.

Die Türkei hat wegen der Angriffe auf den Gazastreifen vor wenigen Tagen den Handel mit Israel verboten. Die Türkei ist immerhin Israels sechstgrößter Handelspartner, es geht um ein Volumen von

7 Milliarden Dollar. Was werden die Folgen sein?

Das ist zu diesem Zeitpunkt noch unklar, weil es noch keine aktuellen Daten gibt. Die Türkei ist aber vor allem als Lieferant von Lebensmitteln wichtig, viele Israelis haben zudem Urlaub in der Türkei gemacht. Entscheidend wird sein, wie gut es gelingen wird, den wegfallenden Handel mit der Türkei durch andere Handelspartner zu ersetzen.

Wie schätzen Sie die Aussichten ein?

Das Beispiel Deutschland macht Hoffnung. Der Wegfall des russischen Erdgases war zwar schmerzhaft, konnte aber verhältnismäßig gut kompensiert wer-

den. In diesem Zusammenhang möchte ich die ausgezeichnete Studie meines Kollegen Ben Moll von der London School of Economics über das russische Gas in Deutschland empfehlen, der die Effekte sehr treffend abgeschätzt hat.

Israel forciert die Offensive in Rafah, trotz Warnungen aus dem Westen. Besteht jetzt nicht die Gefahr, dass sich noch weitere Länder wirtschaftlich abwenden werden?

Das dürfte davon abhängen, wie aggressiv Israel in Rafah vorgeht. Momentan habe ich den Eindruck, dass die Offensive begrenzt und vergleichsweise moderat sein wird. Aber es kann natürlich auch anders kommen, auch eine Eskalation im Westjordanland ist nicht ausgeschlossen. Dann könnten sich auch andere Länder, sogar selbst China, abwenden, den Handel aussetzen oder Sanktionen auf den Weg bringen.

Auf den Jom-Kippur-Krieg im Jahr 1973 folgte in Israel ein Jahrzehnt mit stagnierender Wirtschaft und hoher Inflation. Wird es wieder so kommen?

Damals wurden Schulden monetarisiert, zum Preis einer sehr hohen Inflation. Das sehe ich aktuell nicht. Inflation sinkt, die israelische Notenbank orientiert sich an der amerikanischen Fed und rechnet auf Jahressicht mit 2,7 Prozent Preissteigerung. Wenn ich an historische Vergleiche denke, macht mir die Regierung größere Sorgen als eine lange Stagflation.

Warum?

In den Achtzigerjahren hat die Likud-Regierung schwere wirtschaftspolitische Fehler begangen. Auch jetzt führt diese Partei die Koalition und macht viel falsch. Jüngstes Beispiel ist der gerade verabschiedete Haushalt. Obwohl wir durch den Krieg eine völlig neue Situation haben, hat die Regierung Business as usual gemacht, die Steuern nicht ausreichend angepasst und Gelder wie geplant nach den eigenen Interessen verteilt. Das ist ein Missmanagement, das die Produktivität schwächt. Diese Regierung gefährdet das Land also in vielerlei Hinsicht.

Das Gespräch führte Johannes Pennekamp.

Zur Person

Eran Yashiv ist Makroökonom der Tel Aviv University und Mitglied des Centre for Macroeconomics der London School of Economics. Sein Forschungsschwerpunkt ist der Arbeitsmarkt, er beschäftigt sich aber auch mit Migration, dem Gesundheitswesen und anderen wichtigen Themen. Yashiv hat zahlreiche Forschungsarbeiten in angesehenen Fachzeitschriften veröffentlicht, darunter das renommierte Journal „American Economic Review“.



Eran Yashiv

Foto privat

Mehr Investitionen statt sparen

G-20-Expertenforum zur globalen Problemlösung diskutiert über Finanzierung

sbb. FRANKFURT. Es war eine Veranstaltung der Superlative, über die kaum öffentlich berichtet wird: Der Global Solutions Summit ist ein seit 2017 jährlich stattfindendes Expertenforum für die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, die sogenannten G 20. Bundeskanzler Olaf Scholz, Wirtschaftsminister Robert Habeck, Entwicklungsministerin Svenja Schulze und Microsoft-Gründer Bill Gates hörten sich an, was Wissenschaftler und Vertreter staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen zur Lösung globaler Probleme beizutragen haben.

Das zentrale Thema war die Überwindung der aktuellen Kriege und Krisen. Dazu braucht es eine ökologische und digitale Transformation der Gesellschaften und Volkswirtschaften sowie die Bewältigung der weltweiten Staatsschulden. Bundeskanzler Scholz wies in seiner Rede darauf hin, dass es keine isolierten Krisen gäbe, sondern diese zusammenhängen. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine habe weltweit für steigende Preise für Energie und Nahrungsmittel gesorgt, so Scholz. Der Klimawandel sei per se eine globale Herausforderung, mit Auswirkungen auf Wirtschaft, Finanzen, Gesundheit, Sicherheit und Politik.

Der Bundeskanzler betonte, dass „Klimaneutralität kein Wunschtraum für Idealisten, sondern überlebensnotwendig“ ist. Das Problem sei, die nötigen finanziellen Mittel für die Transformation der gesamten Weltwirtschaft zu mobilisieren. Die von UN-Experten geschätzten 125 Billionen Dollar, die weltweit zur Klimaneutralität 2050 gebraucht werden, könnten nicht allein aus öffentlichen Mit-

teln gestemmt werden, meinte Scholz. Es müssten mehr private Investitionen für Klimafinanzierung gewonnen werden.

Dennoch dürften sich Europa und die G 20 ihrer Verantwortung nicht entziehen, betonte Ameer Chughtai, Wissenschaftler vom European Council on Foreign Relations, in einem Begleitheft zum Gipfel. Die Industriestaaten müssten ihre Klimafinanzierung für die afrikanischen Länder erhöhen und sollten die begrenzten Mittel dort einsetzen, wo sie am dringendsten benötigt und am effizientesten ausgegeben werden. Derzeit flössen zu viele Mittel in Projekte, wo dies nicht der Fall sei.

Entwicklungsministerin Schulze wies auf den bei der Klimakonferenz in Dubai vergangenen Herbst eingerichteten „Fonds für Schäden und Verluste“ hin. Diesen nannte sie einen Meilenstein hin zu einer gerechten Finanzierung von Klimaschäden. Der Fonds soll Zahlungen an ärmere Länder ermöglichen, die unter Klimakatastrophen leiden, und Vorsorgemaßnahmen gegen drohende Gefahren finanzieren.

Das Thema Finanzierung zog sich durch viele Konferenzthemen, allen voran das Ziel der G 20, die internationale Finanzarchitektur zu reformieren und die Überschuldung vieler Länder in den Griff zu bekommen – ein Thema, das auch der Bundeskanzler als wichtige Aufgabe ansieht. Scholz wertete die eingeleitete Reform der Weltbank als positiv: „Armutsbekämpfung geht nun Hand in Hand mit dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen und dem Schutz globaler öffentlicher Güter.“ Bei der Überwindung der Schuldenkrise werde sich aber auch China „als

einer der weltweit größten Gläubiger insgesamt stärker beteiligen“ müssen.

Seit verganginem Jahr hat sich die Schuldenposition der Entwicklungsländer verschärft. Mehr als die Hälfte von ihnen sind laut Weltbank-Schätzung derzeit hoch verschuldet. Ein Grund sind die gestiegenen Leitzinsen in den Industrieländern, was die Zinszahlungen der armen Länder stark verteuerte, schreiben Homi Kharas und Charlotte Rivard von der amerikanischen Denkfabrik The Brookings Institution im Konferenzbegleitheft. Länder mit hohen Schulden stehen ihnen zufolge nun vor dem Dilemma: Ausgaben kürzen, um den Schuldenanstieg zu begrenzen, oder mehr Schulden machen und in renditestarke Projekte investieren, um mit den Einnahmen Schulden tilgen zu können. Die empirischen Belege, so die Autoren, welche Strategie besser funktioniert, seien „uneinheitlich“ und hingen stark von „Kontext und Zeitpunkt“ ab. Wenn es um die Bewältigung von Klimafolgen und um nachhaltige Entwicklung gehe, sei die Evidenz aber eindeutig: „Dafür braucht es eine große Investitionsoffensive.“

Rivard und Kharas wissen, dass diese These umstritten ist, und plädieren für ein Umdenken, dass die Belege dafür ernst genommen sind: „Wir schlagen eine Alternative zur Schuldenbewältigung vor. Lassen wir multilaterale Entwicklungsbanken mehr Kredite für spezifische öffentliche und private Investitionsprogramme vergeben.“ Die Banken würden als Gläubiger bevorzugt behandelt und hätten hohe Renditen bei den von ihnen finanzierten Projekten vorzuweisen.





Ein Unternehmen der Schwarz Gruppe

Wir schützen Weltmarktführer.

XM Cyber schützt nicht nur Familienunternehmen wie STIHL in 160 Ländern vor Cyberangriffen, sondern auch Ihr Unternehmen oder den öffentlichen Sektor.

Die Software analysiert 24/7 alle Schwachstellen Ihrer Infrastruktur aus Sicht der Angreifer und zeigt auf, wie Sie effizient den Schutz Ihrer wichtigsten Daten und Systeme erhöhen. Beheben Sie dann priorisiert und in einem Schritt zahlreiche Schwachstellen, Fehlkonfigurationen und vieles mehr mit der führenden Lösung für Continuous Threat Exposure Management (CTEM). XM Cyber läuft auf der vertrauenswürdigen und sicheren STACKIT Cloud aus Deutschland.



xmcyber.com
See All Ways™